



öffentlich

**Betreff:**

Unabhängige Sozialberatungsstelle bei der PAGA

Erstellungsdatum 06.02.2008

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.03.2008	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x
18.03.2008	Ausschuss für Gesundheit und Soziales		
19.03.2008	Ausschuss für Finanzen		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in enger Abstimmung mit der Geschäftsführung der PAGA eine „Unabhängige Sozialberatung“ im Haus der Arbeitsgemeinschaft zu schaffen.

Über das Ergebnis der Bemühungen ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Mai 2008 zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Zahlreiche Antragsteller (Erst- und Folgeanträge) haben im Zusammenhang mit der Betreuung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der PAGA auf Defizite in der konkreten fachlichen Beratung hingewiesen.

Oftmals geben die Mitarbeiter auf Grund der sich ständig ändernden Verordnungen im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nicht die richtigen Hinweise.

Eine ständige Aktualisierung des fachlichen Wissens wäre erforderlich, was aber aufgrund des für die Qualifizierung zur Verfügung stehenden Zeitbudgets für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht realisierbar ist. Dieses unverschuldete teilweise falsche Agieren der Mitarbeiter kann durch die Schaffung einer gesonderten Beratungsstelle ausgeglichen werden.